

Jakob Schlink, Artur Schroers, Philipp Hiller, Kirsten Lehmann

Die Frankfurter Cannabis-Studie

Eine repräsentative Befragung der Frankfurter Bevölkerung zum Thema Cannabis

Auf Bundesebene sind weitreichende rechtliche Änderungen in Bezug auf Cannabis zu Genusszwecken geplant. Zur Vorbereitung auf kommunaler Ebene hat das Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main eine repräsentative Befragung zu dem Thema angefertigt. Ungefähr zwei Drittel der Frankfurterinnen und Frankfurter sprechen sich (eher) für eine Legalisierung von Cannabis aus. Das Suchthilfeangebot, allen voran die Drogen- und Suchtberatungsstellen, stoßen bei Frankfurts Bürgerinnen und Bürgern auf hohe Akzeptanz. Der Bekanntheitsgrad der Angebote sollte aber noch gesteigert werden: Weniger als die Hälfte der Befragten wissen sicher oder wahrscheinlich, wo sie für sich oder für andere Personen Hilfe bei einem problematischen Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten.

Jakob Schlink

Diplom-Pädagoge, Mitarbeiter im Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main. Arbeitsgebiete: Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken, medizinisches Cannabis.

 jakob.schlink@stadt-frankfurt.de

Dr. Artur Schroers

Diplom-Pädagoge, Leiter des Drogenreferats der Stadt Frankfurt am Main. Arbeitsgebiete: Prävention, Harm Reduction, Steuerung, Koordination.

 artur.schroers@stadt-frankfurt.de

Dr. Philipp Hiller

Diplom-Politologe, Geschäftsführer des Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg.

 hiller@zis-hamburg.de

Kirsten Lehmann

Master Public Health, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg, Doktorandin an der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf.

 k.lehmann@uke.de

Schlüsselwörter:

Cannabis – Legalisierung – Repräsentativbefragung – Drogenpolitik – Drogenreferat

Einleitung

Die Stadt Frankfurt am Main will es wissen: Zehntausend zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Großstadt hat das Drogenreferat für eine Befragung zum Thema Cannabis anschreiben lassen. Hintergrund dafür sind die geplanten rechtlichen Änderungen auf Bundesebene, zuletzt festgeschrieben im Zwei-Säulen-Modell der Bundesregierung (Bundesministerium für Gesundheit 2023).

Im Rahmen der ersten Säule ist eine Entkriminalisierung geplant: Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis soll zukünftig generell erlaubt sein. Auch der Eigenanbau und der gemeinschaftliche Anbau werden demnach unter strengen Voraussetzungen ermöglicht. Die Regelungen sollen nach Ankündigung der Bundesregierung im Laufe des Jahres 2024 in Kraft treten. Die zweite Säule sieht die modellhafte Einführung einer kommerziellen Lieferkette für Genusscannabis in ausgewählten Regionen vor. Produktion, Vertrieb und schließlich die Abgabe in Fachgeschäften sollen erprobt werden. Hierfür liegt zum Redaktionsschluss noch kein Gesetzentwurf vor. Die Stadt Frankfurt am Main hat allerdings bereits angekündigt, gemeinsam mit der Stadt Offenbach am Main Cannabis-Modellregion werden zu wollen (Stadt Frankfurt am Main 2023b).

Viele Fragen zur Ausgestaltung der Neuregelungen sind noch offen. Doch unabhängig von der konkreten Umsetzung werden sich die Veränderungen in der Cannabis-Politik auf eine Großstadt wie Frankfurt am Main auswirken. Neben der Justiz, der Verwaltung und dem privatwirtschaftlichen Sektor wird vor allem die Suchthilfe betroffen sein. Angebote zur Information, Prävention und Behandlung sind den neuen Gegebenheiten anzupassen und entsprechend weiterzuentwickeln.

Aus dem Grund hat das Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main in Kooperation mit dem Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) in Hamburg eine repräsentative Befragung durchgeführt. Sie soll die Einstellungen, Erwartungen und Bedarfe der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Cannabis erfassen und für Planungen auf kommunaler Ebene nutzbar machen.

Zudem bieten die gewonnenen Daten die Möglichkeit eines Monitorings für die Stadt Frankfurt am Main. Denn die Auswirkungen der geplanten rechtlichen Änderungen lassen sich nur bestimmen, wenn repräsentative Vergleichsdaten zu Konsumprävalenzen, Einstellungen und Hilfebedarfen schon vor einer Neuregelung der Cannabis-Politik vorliegen.

Und nicht zuletzt enthält die Befragung ein partizipatives Element. Die Erwartungen der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger werden transparent gemacht. Die Studie führt zu zusätzlicher Aufmerksamkeit für das Thema und regt zu Austausch und Reflexion in der Stadtgesellschaft an.

Methodik

Im Dezember 2022 wurde eine Zufallsstichprobe von 10.000 Personen im Alter von 18 bis 79 Jahren aus den Einwohnermeldedaten der Stadt Frankfurt am Main gezogen. Vom 13. bis zum 19. Januar 2023 wurden die Fragebogen versandt. Die Befragten konnten entweder per Post oder per Internet antworten. Die Netto-Rücklaufquote betrug 27,3 %. 44 Datensätze konnten nicht in die Auswertung einbezogen werden, zum Beispiel wegen zu später Zurücksendung oder nicht-plausibler Angaben (Tab. 1).

Nicht in diesen Daten enthalten sind 350 gefälschte Fragebogen, die kopiert und mit ebenfalls gefälschtem Rückumschlag an das auswertende Institut ISD zurückgeschickt wurden. Es handelt sich um einen groß angelegten Manipulationsversuch der Ergebnisse, der zunächst nicht auffiel und hohe Aufmerksamkeit in den Medien auf sich zog. Durch eine umfangreiche Überprüfung konnten die gefälschten Fragebogen zweifelsfrei identifiziert und aus dem Datensatz entfernt werden (Stadt Frankfurt am Main 2023a).

Die nun vorliegende Stichprobe unterscheidet sich in Bezug auf die Alters- und Geschlechtsverteilung nur geringfügig von der erwachsenen Gesamtbevölkerung in Frankfurt am Main (Tab. 2). Deutliche Abweichungen gibt es hingegen beim Bildungsabschluss. Um möglichst repräsentative Aussagen für die erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Frankfurt am Main treffen zu können, sind die für die Auswertung genutzten Daten so gewichtet worden, dass sie hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss der Verteilung in der Frankfurter Bevölkerung entsprechen. Weitere Einschränkungen bei der Repräsentativität könnten sich durch das vorgegebene Thema ergeben: Es ist anzunehmen, dass Menschen mit einer hohen Cannabis-Affinität häufiger geantwortet haben. Darauf deuten auch Daten aus der Befragung hin. So geben 7,6 % der Befragten an, innerhalb der letzten 30 Tage Cannabis konsumiert zu haben. Für Deutschland repräsentative Substanzkonsumzahlen in der Erwachsenenbevölkerung erhebt der Epidemiologische Suchtsurvey (ESA). Dieser stellte zuletzt eine entsprechende 30-Tage-Konsumprävalenz bei erwachsenen Personen in Deutschland von 4,3 % fest (Rauschert et al. 2023). Die fast doppelt so hohe Cannabiskonsumprävalenz in der Frankfurter Befragung im Vergleich zu den Daten des ESA könnte bedeuten, dass Frankfurterinnen und Frankfurter mit Cannabiskonsum in der Stichprobe überrepräsentiert sind. Allerdings kann auch plausibel davon ausgegangen werden, dass der Drogenkonsum in Großstädten wie Frankfurt am Main über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Hinweise darauf gibt nicht zuletzt die Studie „Monitoring System Drogentrends“ (MoSyD), die die Drogengebrauchssituation Jugendlicher in Frankfurt betrachtet (Werse et al. 2022).

Tab. 1 Rücklauf in der Frankfurter Cannabis-Studie

	Fallzahlen	in %
Angeschriebene Personen	10.000	100
Wegen falscher Adressangaben, Umzug, Todesfall oder anderen Gründen nicht zustellbare Briefe	286	2,9
Netto-Stichprobe (Angeschriebene minus Nicht-Erreichbare)	9.714	100
Postalisch ausgefüllte Fragebogen	1.575	16,2*
Online ausgefüllte Fragebogen	1.076	11,1*
Rücksendung gesamt (postalisch und online)	2.651	27,3*
In die Auswertung einbezogene Fragebogen	2.607	26,8*

* bezogen auf die Netto-Stichprobe

Tab. 2 Soziodemografische Daten in der Stichprobe, gewichtet und ungewichtet

Charakteristika	Ungewichtete Stichprobe	Gewichtete Stichprobe
Altersgruppen		
18–24 Jahre	8,8 %	9,8 %
25–34 Jahre	23,2 %	22,8 %
35–44 Jahre	18,5 %	20,3 %
45–54 Jahre	16,0 %	18,2 %
55–64 Jahre	17,4 %	15,1 %
65–79 Jahre	16,2 %	13,8 %
Geschlecht		
Weiblich	50,3 %	49,6 %
Männlich	49,7 %	50,4 %
Höchster Bildungsabschluss		
Haupt- oder Volksschulabschluss oder kein Schulabschluss	6,3 %	19,8 %
Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	15,1 %	21,4 %
Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule)	78,6 %	58,8 %

Für eine ausführlichere Darstellung des methodischen Vorgehens sei auf den Abschlussbericht der Frankfurter Cannabis-Studie verwiesen. Dieser steht auf der Website des Drogenreferats der Stadt Frankfurt am Main zum Download zur Verfügung (Hiller et al. 2023).

Einstellungen zur Legalisierung

Die Frankfurterinnen und Frankfurter sprechen sich mehrheitlich für eine Legalisierung von Cannabis aus: Fast zwei Drittel der Befragten befürworten uneingeschränkt oder eher die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an über 18-Jährige. Bei Männern ist die Zustimmung etwas höher als bei Frauen, wie Abbildung 1 zu entnehmen ist (Datenvisualisierung: Lukas Friedrich Grafikdesign).

Die Zustimmung steigt mit der Höhe der Bildungsabschlüsse. Die Befragten ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss sprechen sich zu 56,1 % eher oder absolut für die Legalisierung aus, Befragte mit Mittlerer Reife zu 62,2 % und Befragte mit (Fach-)Abitur zu 70,1 %.

Deutlich unterscheiden sich die Zustimmungswerte auch, wenn man die Verteilung nach Altersklassen betrachtet. Tendenziell ist die Zustimmung unter den jüngeren Befragten stärker ausgeprägt: Während bei den 25- bis 34-Jährigen ungefähr drei von vier Befragten (78,2 %) einer Legalisierung absolut oder eher zustimmen, sind es bei den 65- bis 79-Jährigen nur etwas mehr als die Hälfte (52,1 %).

Abb. 1 Zustimmung zur Frage: „Die aktuelle Bundesregierung plant, Cannabis für Erwachsene zu legalisieren. Befürworten Sie die kontrollierte Abgabe zu Genusszwecken an über 18-Jährige?“

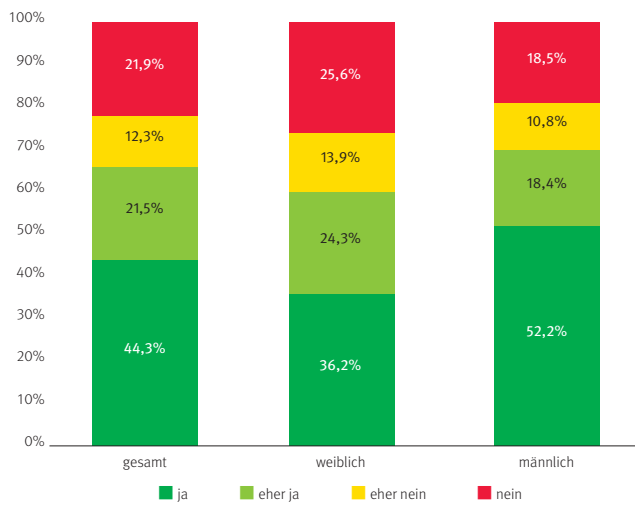
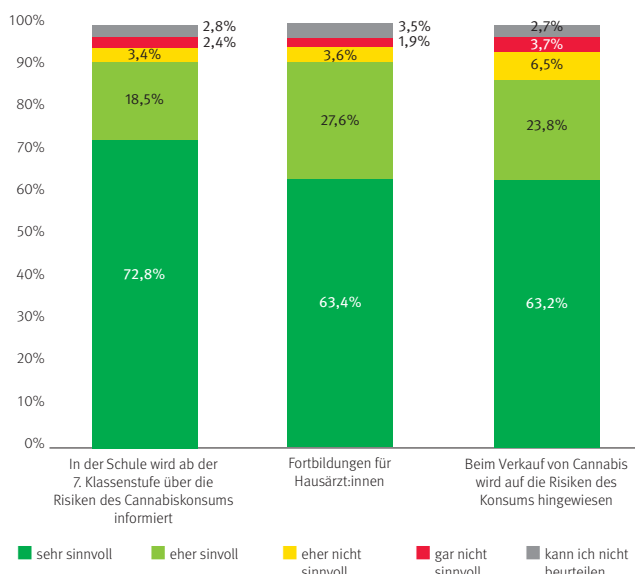


Abb. 2 Die drei Präventionsmaßnahmen (von insgesamt sieben abgefragten) mit den höchsten Zustimmungswerten zu der Frage: „Für wie sinnvoll halten Sie folgende Aufklärungs- und Vorsorgeangebote, wenn Cannabis legalisiert wird?“



Es erscheint naheliegend, dass sich die Einstellungen zu einer Cannabis-Legalisierung nicht ausschließlich mit der Gegenüberstellung von Zustimmung und Ablehnung darstellen lassen. Entscheidend für die Meinungsbildung vieler Menschen wird sein, wie eine Legalisierung konkret ausgestaltet wird. Wichtige Punkte in der öffentlichen Diskussion betreffen hier Maßnahmen der Prävention und des Jugendschutzes.

Den Befragten wurden insgesamt sieben Aufklärungs- und Vorsorgeangebote vorgelegt. Sie sollten einschätzen, für wie sinnvoll sie diese halten, wenn Cannabis erlaubt wird. Bei der Auswertung dieser Frage zeigt sich, dass Präventionsangebote bei den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern auf sehr hohe Zustimmung stoßen (Abb. 2). Am sinnvollsten werden Informationsangebote an der Schule angesehen, neun von zehn Befragten halten diese für sehr sinnvoll (72,8 %) oder eher sinnvoll (18,5 %). Eine fast ebenso starke Zustimmung gibt es zu Fortbildungen für Hausärzt:innen (63,4 % bzw. 27,6 %), dicht gefolgt vom Vorschlag, beim Verkauf von Cannabis auf die Risiken des Konsums hinzuweisen (63,2 % bzw. 23,8 %).

Die starke Befürwortung von schulischer Prävention gibt bereits einen Hinweis darauf, wie wichtig den Befragten der Jugendschutz ist. Eine sehr große Mehrheit setzt sich auch dafür ein, dass Cannabis nur an Volljährige abgegeben werden darf: 90,6 % stimmen diesem Regelungsvorschlag absolut oder eher zu (Abb. 3).

Die hohe Bedeutung von Jugendschutzaspekten wird noch bei einer weiteren Frage deutlich. Fast zwei Drittel der Befragten stimmen tendenziell (35,6% absolut, 28,9% eher) folgendem Argument zu: „Bei einer Legalisierung kann bei Jugendlichen der Eindruck entstehen, dass Cannabis harmlos ist.“ Dies ist insofern ein hoher Wert, als ebenfalls ungefähr zwei Drittel der Befragten eine Legalisierung ja (eher) begrüßen. Viele grundsätzliche Befürworter einer Legalisierung teilen hier offensichtlich ein Argument, das gegen eine Legalisierung spricht.

Bei zahlreichen Befragten zeigen sich also differenzierte, wenn nicht gar ambivalente Positionen. Das spiegelt sich auch in vielen ausführlichen Stellungnahmen auf die offenen Fragen wider. Beispielhaft dafür soll folgende Einschätzung einer 31-jährigen Bürgerin wiedergegeben werden: „Ich sehe einige

Abb. 3 Zustimmung zur Frage: „Was halten Sie von möglichen Regelungen einer Cannabislegalisierung? – Wenn Cannabis freigegeben würde, sollte es nur an Volljährige (über 18 Jahre) abgegeben werden.“

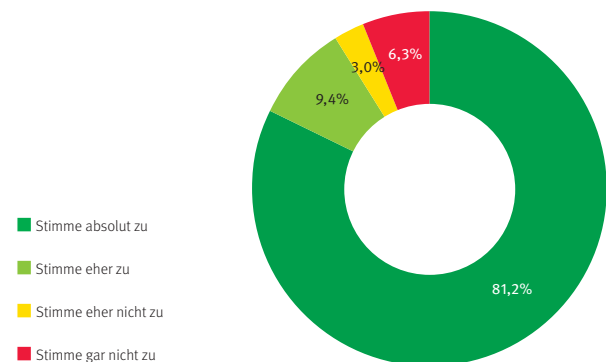


Abb. 4 Zustimmung zur Frage: „Würden Sie einer Person aus Ihrem Freundes- oder Familienkreis mit problematischem Cannabiskonsum empfehlen, Hilfe-Einrichtungen aufzusuchen?“

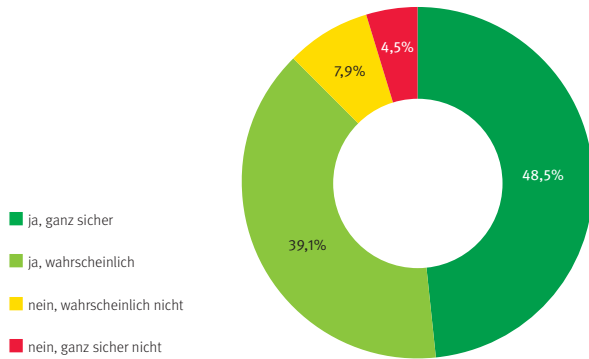


Abb. 5 Die vier Hilfsangebote (von insgesamt neun abgefragten) mit den höchsten Zustimmungswerten auf die Frage: „Welche der folgenden Hilfsangebote würden Sie bei problematischem Cannabiskonsum für sich in Anspruch nehmen oder einer anderen Person empfehlen?“

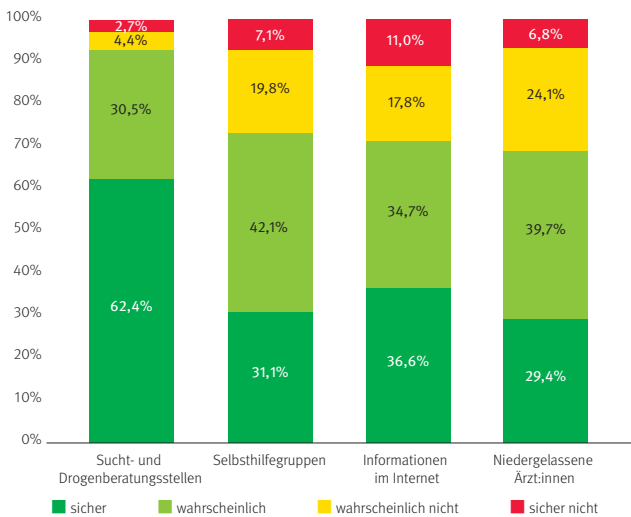
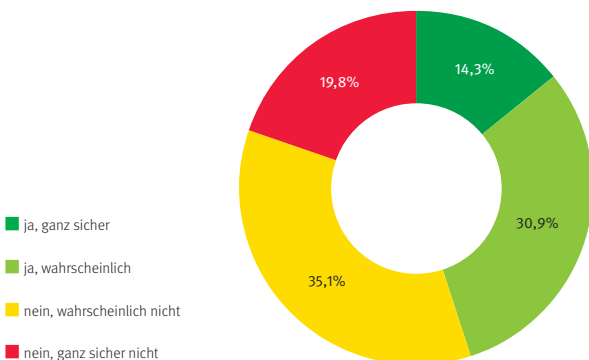


Abb. 6 Zustimmung zur Frage: „Wissen Sie, wo Sie für sich oder andere Hilfe bei einem problematischem Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten?“



Vorteile durch die Legalisierung, allerdings finde ich den Stoff für Jugendliche absolut problematisch. Ich bin daher ziemlich hin und hergerissen, was die Legalisierungsfrage betrifft.“

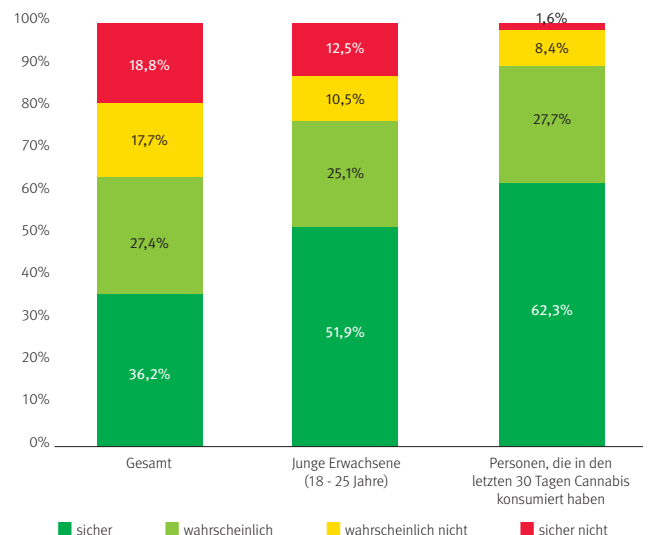
Akzeptanz und Bekanntheit der Suchthilfeangebote

Eine große Mehrheit der Befragten (87,6%) würde anderen Personen ganz sicher oder wahrscheinlich bei problematischem Cannabiskonsum empfehlen, eine Hilfe-Einrichtung aufzusuchen (Abb. 4). Diese Haltung zeigt sich etwas mehr bei Frauen als bei Männern. Auch Befragte mit (Fach-)Abitur oder Mittlerer Reife würden häufiger eine entsprechende Hilfeempfehlung aussprechen als Befragte ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss. Die Bereitschaft zur Hilfeempfehlung steigt außerdem mit zunehmendem Alter.

In der Erhebung wurde auch danach gefragt, welche konkreten Hilfsangebote die Befragten im Bedarfsfall für sich nutzen oder anderen Personen empfehlen würden. Mit Abstand am meisten fiel die Wahl auf Sucht- und Drogenberatungsstellen. Mehr als sechs von zehn Befragten (62,4%) würden diese sicher nutzen oder empfehlen. Ein weiteres knappes Drittel (30,5%) würde dies wahrscheinlich tun (Abb. 5). Dieses Ergebnis lässt sich als Ausdruck eines grundsätzlich hohen Vertrauens der Frankfurterinnen und Frankfurter in Sucht- und Drogenberatungsstellen lesen.

Der hohen Akzeptanz des Hilfesystems steht allerdings die geringe Bekanntheit gegenüber: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54,9%) wissen ganz sicher oder wahrscheinlich nicht, wo sie für sich oder andere Personen Hilfe bei einem problematischem Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten (Abb. 6). Frauen und Männer antworten hier nahezu identisch. Auch bei der Betrachtung nach Altersgruppen ergeben sich nur geringfügige Unterschiede. Anders sieht es

Abb. 7 Zustimmung zur Frage: „Welche Informationsangebote zum Thema Cannabis würden Sie nutzen, wenn Cannabis erlaubt wird? – Beratung in Cannabis-Verkaufsstellen.“



aus mit Blick auf den Bildungsstand: Bei den Befragten ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss sind es sogar fast zwei Drittel (63,8%), die sicher oder wahrscheinlich nicht wissen, wo sie entsprechende Hilfsangebote finden.

Viele Menschen werden in ihrem Leben nie Hilfe wegen eines problematischen Cannabis-Konsums benötigen, wollen sich aber zu dem Thema informieren. Daher lautete eine weitere Frage, welche Informationsangebote die Bürgerinnen und Bürger

ger der Stadt Frankfurt nutzen würden, wenn Cannabis erlaubt wird. Am häufigsten werden hier das Internet, Informationsbroschüren, Fernsehen, Rundfunk und Mediatheken genannt. Als erste Informationsmöglichkeit, die einen persönlichen Kontakt erfordert, folgt ein Angebot, das es in dieser Form noch nicht gibt: die Beratung in Cannabisverkaufsstellen (Abb. 7). Fast zwei Drittel (63,6%) der Befragten würde eine solche Beratung sicher oder wahrscheinlich in Anspruch nehmen. Gerade junge Erwachsene und bereits Cannabis-Konsumierende würden Informationsangebote in Cannabis-Abgabestellen besonders stark nutzen.

Abb. 8 Antwortverhalten auf die Frage: „Glauben Sie, dass sich etwas für Sie ändert, wenn Cannabis gesetzlich erlaubt wird?“

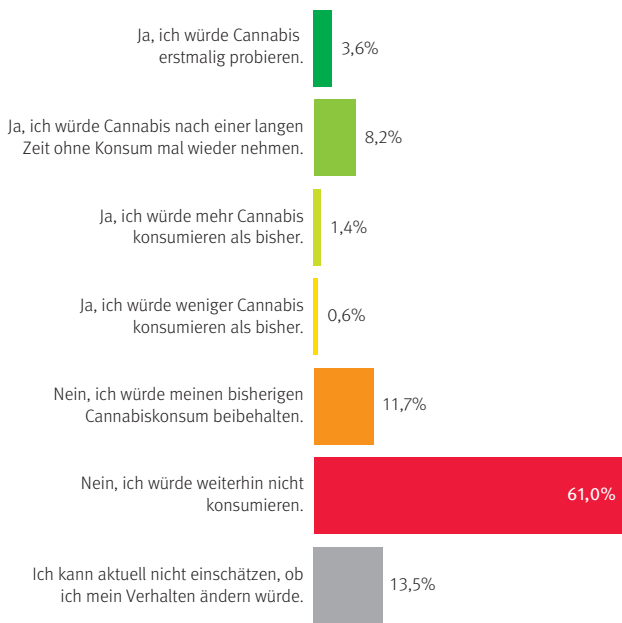
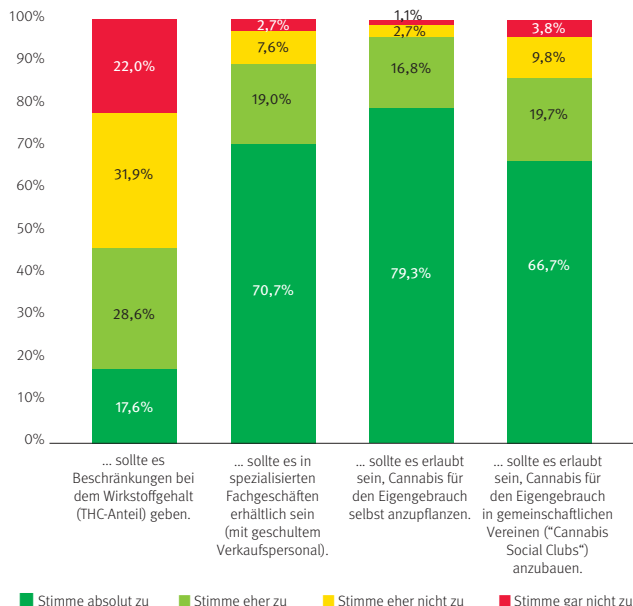


Abb. 9 Zustimmung bei Personen mit Cannabiskonsum in den letzten dreißig Tagen zur Frage: „Was halten Sie von möglichen Regelungen einer Cannabislegalisierung? Wenn Cannabis freigegeben würde ...“



Auswirkungen einer möglichen Legalisierung auf das Konsumverhalten

Wie sich das Konsumverhalten nach einer Legalisierung entwickeln wird, ist für die Präventionsarbeit besonders relevant. Deshalb wurden die Frankfurterinnen und Frankfurter gefragt, ob sich an ihrem Verhalten etwas ändern würde, wenn Cannabis gesetzlich erlaubt wäre. 61,0% der Befragten würden in Folge einer Legalisierung weiterhin kein Cannabis gebrauchen. 11,7% würden ihren bisherigen Cannabiskonsum beibehalten. 13,5% können zum Befragungszeitpunkt noch nicht einschätzen, ob sich ihr Konsumverhalten ändern würde. 8,2% würden Cannabis nach einer langen Zeit mal wieder konsumieren, und 3,6% würden die Substanz erstmalig probieren. 1,4% der Befragten geben an, mehr Cannabis zu konsumieren als bisher. 0,6% antworten, ihren Cannabiskonsum zu reduzieren (Abb. 8).

Erwartungen von Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten

Viele Ziele einer Cannabislegalisierung (Zurückdrängung des Drogen-Schwarzmarkts, gesundheitliche Risikominimierung) können nur erreicht werden, wenn regelmäßig Konsumierende den neuen legalen Markt annehmen. Die Befragungsergebnisse geben Hinweise darauf, wie dies gelingen kann. Eigenanbau, Cannabis Social Clubs und spezialisierte Fachgeschäfte scheinen von einem Großteil der Befragten, die in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert haben, akzeptiert zu werden (Abb. 9). THC-Obergrenzen, wie sie derzeit für die Gruppe der 18- bis 21-Jährigen bei der Abgabe in Anbauvereinungen vorgesehen sind, werden hingegen von mehr als der Hälfte der Befragten mit Cannabiskonsum in den letzten 30 Tagen (eher) abgelehnt. In dem Punkt unterscheidet sich die Gruppe mit Cannabiskonsum in den letzten 30 Tagen deutlich von den übrigen Befragten. Diese sprechen sich mit einem Anteil von 80,7% absolut oder eher für eine THC-Obergrenze aus.

Zusammenfassung und Diskussion

Fast zwei Drittel der Befragten (65,8%) befürworten uneingeschränkt oder eher die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an über 18-Jährige. Dieser Befund kann als Rückenwind der Frankfurterinnen und Frankfurter für das Vorhaben ihrer Stadtregierung gesehen werden, sich an der Bewerbung für eine Cannabis-Modellregion zu beteiligen.

Die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger wünschen sich für den Fall einer Legalisierung eine hohe Beachtung von Jugendschutz und Prävention. Mehr als 90 % stimmen der Aussage absolut oder eher zu, Cannabis sollte bei einer Legalisierung nur an Volljährige abgegeben werden. Ähnlich große Mehrheiten sprechen sich für umfassende Präventionsmaßnahmen aus, zum Beispiel für schulische Informationsangebote ab der 7. Klassenstufe und für Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte. Beides lässt sich als ein Auftrag der Bürgerinnen und Bürger an die Politik und an das Gesundheitswesen lesen.

Die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger vertrauen dem vorhandenen Hilfesystem. 92,9 % würden bei problematischem Cannabiskonsum sicher oder wahrscheinlich Drogen- und Suchtberatungsstellen für sich in Anspruch nehmen oder einer anderen Person empfehlen. Der hohen Akzeptanz des Hilfesystems steht allerdings die geringe Bekanntheit gegenüber: Mehr als die Hälfte der Befragten (54,9 %) wissen ganz sicher oder wahrscheinlich nicht, wo sie für sich oder andere Personen Hilfe bei einem problematischem Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten. Besonders wenig bekannt sind die Hilfsangebote bei Menschen mit geringer formaler Bildung. Fast zwei Drittel der Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss (63,8 %) wissen sicher oder wahrscheinlich nicht, wo sie entsprechende Hilfsangebote finden. Das Hilfesystem steht also vor der Herausforderung, seine Erreichbarkeit besonders für Menschen mit geringem Bildungsstand zu verbessern.

Fast zwei von drei Personen (63,6 %) würden eine Beratung in einer Cannabis-Verkaufsstelle als Informationsmöglichkeit in Anspruch nehmen, wenn es zu einer Legalisierung kommt. Noch mehr sind es bei besonders betroffenen Gruppen wie den jungen Erwachsenen bis 25 Jahren und den Personen, die bereits Cannabis konsumieren. Diese Daten unterstreichen die hohen Anforderungen, die an Verkaufsstellen bezüglich Vernetzung mit dem Suchthilfesystem und Qualifikation der Mitarbeiter:innen zu richten wären.

Eine häufig geäußerte Sorge in Bezug auf eine Cannabis-Legalisierung bezieht sich auf einen daraus resultierenden massiven

Anstieg des Konsums. Die hier vorliegenden Daten legen dies für einen Großteil der Frankfurterinnen und Frankfurter nicht nahe. Drei von vier Befragten würden an ihrem (Nicht-)Konsum nichts ändern: 61,0 % geben an, auch nach einer Legalisierung weiterhin nicht Cannabis konsumieren zu wollen, 11,7 % würden ihren bisherigen Cannabiskonsum beibehalten. Ungefähr jede achte Person (13,5 %) kann noch nicht einschätzen, ob sie ihr Verhalten ändern wird. Diese Selbsteinschätzung der Frankfurter Bevölkerung deckt sich mit empirischen Daten aus den Ländern, die bereits Erfahrungen mit einer Cannabis-Legalisierung gesammelt haben. Übersichtsarbeiten legen für den US-amerikanischen und kanadischen Raum einen moderaten Anstieg des Konsums unter Erwachsenen nahe (Manthey et al. 2023; UNODC 2022).

Um einen wesentlichen Rückgang des illegalen Cannabis-Marktes zu erreichen, muss ein neu zu schaffendes legales Angebot so gestaltet werden, dass es von der Hauptzielgruppe angenommen wird. Aus dem Grund lohnt sich ein Blick auf die Subgruppe der Befragten mit Cannabiskonsum in den letzten 30 Tagen. THC-Obergrenzen stoßen bei diesen Befragten mehrheitlich nicht auf Zustimmung. Ein solches Instrument könnte sich also trotz seiner gesundheitspolitisch nachvollziehbaren Intention als kontraproduktiv erweisen. Auf hohe Akzeptanz stößt bei den Befragten mit Cannabis-Konsum in den letzten 30 Tagen hingegen unter anderem der Verkauf in spezialisierten Fachgeschäften, wie er in Modellregionen geplant ist. Erfahrungen aus dem Ausland legen ebenfalls nahe, dass der Schwarzmarkt durch eine kontrollierte Abgabe von Genusscannabis in Fachgeschäften erfolgreich verkleinert werden kann (Manthey et al. 2023; UNODC 2022).

Zusammengenommen unterstreichen diese letzten Ergebnisse die möglichen Vorteile für Kommunen bei einer Beteiligung als Cannabis-Modellregion. Durch eine kontrollierte Abgabe in Fachgeschäften erhöhen sich für sie die Chancen, den Cannabis-Schwarzmarkt einzudämmen und zugleich den Schutz von Konsumentinnen und Konsumenten vor verunreinigten Produkten zu verbessern.

Literatur

Bundesministerium für Gesundheit (2023): Eigenanbau und Modellversuch – Bundesregierung einigt sich auf Eckpunkte zu Cannabis. Abgerufen am 29.11.2023 unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Cannabis/Eckpunkte_2-Saeulenmodell_Cannabis.pdf
Hiller, Philipp; Lehmann, Kirsten; Schlink, Jakob; Schroers, Artur (2023): Die Frankfurter Cannabis-Studie. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Frankfurter Bevölkerung zum Thema Cannabis. Abschlussbericht. Abgerufen am 29.11.2023 unter: <https://frankfurt.de/-/media/frankfurtde/service-und-rathausverwaltung/aemter-und-institutionen/drogenreferat/pdf/die-frankfurter-cannabis-studie-abschlussbericht.ashx>
Manthey, Jakob; Hayer, Tobias; Jacobsen, Britta; Kalke, Jens; Klinger, Sinja; Rehm, Jürgen; Rosenkranz, Moritz; Verthein, Uwe; Wirth, Marielle; Armstrong, Michael; Myran, Daniel; Pacula, Rosalie; Queirolo, Rosario; Zobel, Frank

(2023): Technischer Bericht. Auswirkungen der Legalisierung von Cannabis. Abgerufen am 21.11.2023 unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Abschlussbericht/230623_Technical_Report_de_bf.pdf

Rauschert, Christian; Möckl, Justin; Wilms, Nicolas; Hoch, Eva; Kraus, Ludwig; Olderbak, Sally (2023): Kurzbericht Epidemiologischer Suchtsurvey 2021. Tabellenband: Trends der Prävalenz des (problematischen) Konsums illegaler Drogen nach Geschlecht und Alter 1990-2021. Abgerufen am 21.11.2023 unter: https://www.esa-survey.de/fileadmin/user_upload/Literatur/Berichte/ESA_2021_Trends_Drogen.pdf
Stadt Frankfurt am Main (2023a): „Die Manipulation ist ärgerlich, lässt sich aber korrigieren“. Stadtrat Stefan Majer und Drogenreferatsleiter Dr. Artur Schroers zu gefälschten Antwortbögen bei der Frankfurt Cannabis-Befragung. Abgerufen am 29.11.2023 unter: <https://frankfurt.de/aktuelle-meldung/Drogenreferat/Manipulation-der-Befragung-zu-Cannabis/>

Stadt Frankfurt am Main (2023b): „Auf dem Schwarzmarkt fragt niemand nach dem Ausweis“. Zu den Gründen der Stadt Frankfurt, sich als Modellregion für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu bewerben. Abgerufen am 29.11.2023 unter: <https://frankfurt.de/de-de/aktuelle-meldung/Drogenreferat/Cannabis-Modellregion/>
UNODC (2022): World Drug Report 2022. Booklet 3 - Drug market trends of Cannabis and Opioids. Wien. Abgerufen am 29.11.2023 unter: https://www.unodc.org/res/wdr2022/MS/WDR22_Booklet_3.pdf
Werse, Bernd; Kamphausen, Gerrit; Martens, Jennifer; Rußmann, Carina (2022). MoSyD Jahresbericht 2021 - Drogentrends in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main. Abgerufen am 29.11.2023 unter: https://www.uni-frankfurt.de/130807031/MoSyD_Jahresbericht_2021_fertig.pdf